

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Abends 4 Uhr ausgedruckt.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz.“

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Von der Dfsee, 6. April. Die Neutralisation des Schwarzen Meeres durch die Dfsee und ihren Küstenstaaten mit einer großen Gefahr zu wachen. Rußland darf seine Pontusflotte nicht wieder errichten; wölb es seine Seestreitkräfte nun nicht in der Dfsee, wo man ihnen dem Vernehmen nach keine Schranken setzt, verdoppelt? Wird es jene Seestreitkräfte, die es bisher auf die Flotte des Schwarzen Meeres verwandte, jetzt nicht der Dfsee zuwenden? Ist dadurch nicht Rußland der Dreifach des Baltischen Meeres in die Hand gegeben, da die vereinigten Flotten Schwedens und Dänemarks, selbst wenn die in der Bildung begriffene preussische noch dazukommt, der ganzen im Finnischen Meerbusen liegenden russischen Seemacht nicht gewachsen sind? In der That marschiren die Esquipagen der weiland serafopoter Flotte nach dem Norden und haben Mostau bereits passiert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Rußland nun seine Seemacht in seinen Dfsee-provinzen concentriren wird. Glücklicherweise liegt hier nicht ein ähnliches Operationsobject vor wie im Schwarzen Meere. Preußen, Schweden und Dänemark sind einer türkischen Verhargie nicht anheimgefallen; Schweden steht überdies unter der Schutzwache der Westmächte, und da der Sund das Debouché gegen England bildet, da England sich hier nicht wie beim Schwarzen Meere in der Ferne, sondern in nächster Nähe befindet, so würde eine übermäßige Entfaltung russischer Seestreitkräfte in der Dfsee sogleich die Wachsamkeit Englands hervorrufen, und eine britische Armada würde jeden Augenblick bereit sein, jene in dieselben Schranken zurückzuweisen, in welchen sie seit zwei Jahren gehalten hat. Demnach scheint für die Dfsee aus der Neutralisation des Schwarzen Meeres eine wirkliche Gefahr nicht zu erwachsen.

Preußen. — Berlin, 7. April. Wie wir äußerlich vernehmen dürfte die besondere Commission, welcher der Antrag des Abg. v. Berg, den polskdamer Depeschendiebstahl betreffend, überwiesen worden ist, schon recht bald sich in der Lage befinden, dem Hause über diese wichtige Angelegenheit Bericht zu erstatten, und es kann darum auch erwartet werden, daß jedenfalls noch vor dem Schlusse der gegenwärtigen Session die Sache im Plenum zur Verhandlung kommen wird. Es kann nicht fehlen, daß auf die betreffenden Verhandlungen die Aufmerksamkeit nicht nur Preußens und Deutschlands, sondern gewissermaßen auch des ganzen Europa gerichtet sein wird. Bis das Resultat dieser Verhandlungen vorliegt, wird man wohlthun, sich jedes Urtheils über die Sache selbst zu enthalten. Wir bezwecken darum auch unsererseits nichts weniger, als schon jetzt auf die Sache irgendwie erörternd einzugehen; nur scheint es uns, und zwar eben der Sache wegen, angemessen, ein Wort über den Charakter zu sagen, den man diesen Verhandlungen gegeben zu sehen wünschen müßte. Man sagt, daß von hehelligsten hochstehenden Personen — man nennt außer dem Generaladjutanten v. Gerlach und dem Cabinetrath Niebuhr sogar auch den Prinzen von Preußen — der dringende Wunsch ausgesprochen worden sei, daß die Sache in der Landesvertretung, also vor den Augen der ganzen Nation, öffentlich zur Sprache gebracht und untersucht werden möchte. Ob dem wirklich so ist oder nicht, wissen wir nicht; jedenfalls aber wird man zu dem Schlusse sich wol berechtigt fühlen dürfen, daß die Antragsteller, lauter Männer von der äußersten Rechten mit den Herren v. Gerlach und v. Berg an der Spitze, ihren Antrag schon aus allgemeinen conservativen Gründen nicht gestellt haben würden, wenn sie nicht schon im voraus die Ueberzeugung und auch wol die Gewissheit gehabt hätten, daß die durch den Antrag hervorgerufenen Verhandlung und Untersuchung nicht nur nichts Kompromittirendes für die in dem bekannten Flugblatte beschuldigten Personen haben, sondern im Gegentheil dieselben auch in aller und jeder Beziehung aufs vollständigste disculpiren würde. Es dürften also schon aus diesem einfachen Grunde die trübseligsten Zweifel an der Wahrheit der in dem Pamphlet erhobenen Beschuldigungen zu erheben sein. Je mehr dies aber auf der einen Seite der Fall ist, desto mehr drängt sich auch wieder auf der andern Seite das folgende Moment in den Vordergrund. Man spricht von Hrn. Seiffart und immer wieder von Hrn. Seiffart. Man sagt, seine Wahlmänner hätten ihm die Aufforderung zugehen lassen, sie nicht mehr in der Kammer zu vertreten; man sagt ferner, es sei seitens der Regierung eine energische Disziplinäruntersuchung gegen ihn eingeleitet worden; endlich geht auch der Antrag der äußersten Rechten nur dahin, daß die Regierung eine Mittheilung darüber machen möge, was in Beziehung auf die gegen Hrn. Seiffart erhobene Beschuldigung der Betheiligung an der Entwendung von Briefschaften von Seiten der Regierung geschehen sei. Alles Das ist, soweit es sich um die Frage der Betheiligung des Hrn. Seiffart an der ganzen Sache handelt, gewiß sehr gut; aber diese Frage, wie wichtig und interessant sie auch an und für sich ist, doch, wenigstens wie uns scheint, der Hauptsache gegenüber nur untergeordneter

Natur. Denn wenn auch festgestellt wird, daß Hr. Seiffart an dem Depeschendiebstahl wirklich betheilig gewesen, so ist, dem Laude gegenüber, damit doch noch so gut wie gar nichts gesagt, wenn nicht zugleich auch die nöthige Aufklärung darüber gegeben wird, zu welchem Zweck und für wen der ganze Diebstahl stattgefunden. Daß die wichtigen Papiere lediglich zum Privatgebrauch für Hrn. Seiffart entwendet worden seien, ist doch wol eine ganz unstatthafte Annahme. Darum ist in dieser fast beispiellosen cause celabro die strengste Untersuchung nöthig „nach allen Seiten hin“, wie der Graf Schwerin sich ausgedrückt hat. Da indessen die ganze Sache einmal vor die Landesvertretung gebracht ist, so dürfte das etwas Einseitige, welches der Antrag der äußersten Rechten zu haben scheint, eine Beschränkung in der nöthigen allseitigen Behandlung des Ganzen doch wol nicht gut mehr zur Folge haben können, und wenn der zu erwartende Bericht der aus lauter Mitgliedern der Rechten zusammengesetzten Commission in Betreff des Ginen oder Andern auch etwas zu wünschen lassen sollte, so werden die Verhandlungen im Plenum das etwa noch Fehlende doch ganz gewiß so vollständig, als nur immer möglich ergänzen. Allen, die in diesem Sinne wirken, wird man nur dankbar sein können; denn nachdem die unerhörte Sache einmal so weit in die Öffentlichkeit gekommen und, wie gesagt, sogar vor die Landesvertretung gebracht ist, liegt es im Interesse der Regierung sowohl als auch in der Förderung der Ehre und Würde des Landes, daß von Allen, was zur Sache gehört, auch nicht das Allgeringste im Dunkeln bleibe. Inzwischen kann man sich auswärts kaum einen Begriff davon machen, mit welcher Spannung man den betreffenden Verhandlungen hier schon jetzt allgemein entgegen sieht. — Die Nachricht, daß der Kaiser Alexander im bevorstehenden Sommer eine Reise nach dem Westen machen werde, ist auch hier eingegangen. Mehr aber als die allgemeine Absicht zu dieser Reise verlautet bis jetzt noch nicht, und die verschiedenen Angaben, welche schon jetzt über die Route gemacht werden, die der Kaiser wählen dürfte, sind darum fürs erste jedenfalls noch auf bloße Vermuthungen zurückzuführen. — Dem Urtheile des Kriegsgerichts in der Hindenberg'schen Sache gegen Hrn. v. Kochow sieht man hier mit jedem Tage entgegen, da die Sache schon Ende der vorigen Woche bis zur vollkommenen Spruchreife gebrungen gewesen sein soll.

— In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten legte der Abg. Herzberg (Ostrow) ein Schreiben vor, worin zwei Schullehrer aus der Provinz Posen, von denen der Abg. v. Morawski in seiner bei Gelegenheit des Graf Schwerin'schen Antrags gehaltenen Rede behauptete, dieselben seien vom Landrath (v. Schopis) durch Drohungen veranlaßt worden, bei den Wahlen im Sinne der Regierung zu stimmen, erklären, daß der Abg. v. Morawski gegen seine Ueberzeugung gesprochen und deshalb eine Rüge verdiene. Der Abg. v. Morawski erklärt, daß er von drei Schullehrern gesprochen; was die zwei zu ihrer Erklärung veranlaßt, wolle er nicht untersuchen; der dritte aber sei von seinem Amte suspendirt. Abg. Herzberg: Da die Entgegnung des Hrn. v. Morawski seine Rede nicht berührt, so habe er seinerseits nichts darauf zu erwidern.

Bei der Verathung über die neue Städteordnung für die Rheinprovinz ergab sich ein eigenthümlicher Zwischenfall: Der Abg. Reichensperger (Köln) hatte verlangt, und es ward dieses Verlangen von der ganzen Linken unterstützt, daß alle Städte ohne Ausnahme unter der directen Aufsicht der Regierungen stehen sollen. Der Minister des Innern trat dem entschieden entgegen. Es ward über das betreffende Amendement abgestimmt, wie gewöhnlich, durch Auffischen und Eigenbleiben. Das Resultat erschien entschieden günstig für die Linke; es eilten aber während der Abstimmung viele Mitglieder der Rechten, welche sich aus dem Saal entfernt hatten, auf ihre Plätze zurück, und das Bureau erklärte das Resultat der Abstimmung für zweifelhaft. Es ward deshalb beschlossen, das Resultat der Abstimmung durch Zählen zu ermitteln. Inzwischen completirten sich die Reihen der Rechten noch immer mehr und von der Linken wurden sehr vernehmliche Töne der Unzufriedenheit laut. Der Abg. v. Mallinkrodt (Schriftführer), welcher glaubte, daß in diesen Unzufriedenheitsäußerungen ein Mißtrauen gegen das Bureau liege, rief der Linken zu, daß das Bureau, indem es das Resultat der Abstimmung für zweifelhaft erklärt, nach besser Ueberzeugung gehandelt habe. Die Zählung war inzwischen beendigt: 116 Abgeordnete hatten für und 133 gegen das Amendement gestimmt, welches sonach verworfen war. Abg. Wenzel: „Der Abg. v. Mallinkrodt hat geglaubt, daß sich auf dieser (der linken) Seite ein Mißtrauen gegen das Bureau geäußert habe. Darin hat er sich geirrt. Die Unzufriedenheit der Linken war nur gegen die Anstie geichtet, welche hier eingeleitet ist, daß viele Mitglieder von jener (der rechten) Seite ihren Aufenthalt im Rauchoder im Vergnügungszimmer zu nehmen und nur bei den Abstimmungen oder während derselben einen Augenblick auf ihre Plätze zurückzukehren pflegen. Das, diese Unsitte ist es, was die Entscheidungen des Bureau in ver-